



AW: Ortstermin Samerberg - Positionen zum Thema "Landwirtschaft"

Ates Gürpınar An: 'Rosenheim' 01.09.2021 15:31

Protokoll:

Diese Nachricht wurde weitergeleitet.

0 Attachment



image001.jpg



image002.png



image003.png



image004.png



image005.png



Sehr geehrter Herr Steingruber, sehr geehrter Herr Bodmaier, sehr geehrte Frau Kern, herzlichen Dank für die Zusendung Ihrer Fragen. Ich habe beim Wahlprogramm mitgearbeitet und stehe hinter diesem. Ich hatte mir allerdings auch nach einem kurzen Gespräch mit Herrn Steingraber zur Erbschafts- bzw. Vermögenssteuer bereits Gedanken gemacht. Da können wir uns gern zusammensetzen – auch nach der Wahl.

Die weiteren Antworten unten.

Es grüßt herzlich,

Ates Gürpınar

Fragen an unsere Rosenheimer Bundestagskandidaten zur Wahl am 26.09.21

1. Wie wollen Sie das Verbraucherverhalten zugunsten unserer heimischen Landwirte ändern (Geiz ist Geil Mentalität)?

DIE LINKE verbindet Verbraucherpolitik mit der sozialen und der ökologischen Frage. Die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität aller Menschen ist die vorrangige Aufgabe linker Verbraucherpolitik. Wir wollen eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft fördern mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Und: In Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung braucht es gute Arbeitsbedingungen. Ich sehe da insbesondere für die meisten Landwirt:innen in Bayern große Chancen, sich mit unserer Hilfe dem Konkurrenzdruck einiger Großbetriebe entgegenstellen zu können.

2 LEH –darf es sein, dass 85% unserer Lebensmittel von einigen wenigen Discountern zu für uns Landwirte diktatorischen Preisen verkauft werden(Landwirte als schwächstes Glied in der Wertschöpfungskette –Kartellamt?)

Wir wollen bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel für alle und faire Preise für die Erzeuger:innen. Auch hier gilt, dass eine regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen den LandwirtInnen vor Ort helfen würde.

3 Wo steht die Rosenheimer Landwirtschaft Ihrer Meinung nach in der Gesellschaft in Bezug auf a –Ernährungssicherung

Es gibt viele kleine Projekte mit kompletter Produktionskette vom Feld bis zum Verbraucher. Diese regionale Produktion ist vor allem auch mit pflanzlichen Produkten wie Obst und Gemüse auszubauen und zu fördern.

b –Qualität der heimischen Erzeugung

Leider bin ich nicht so versiert in der Frage, um Vergleiche zu anderen Regionen aufstellen zu können. Eindeutig scheint mir allerdings, dass die Erzeugnisse innerhalb kleinerer landwirtschaftlichen Betriebe, die den Großteil der Betriebe in Oberbayern und in der Umgebung Rosenheims ausmachen, qualitativ fast durchgängig hochwertiger ist als in fabrikähnlichen Großproduktionen – übrigens beinahe unabhängig

davon, ob bei manchen dieser Großbetriebe am Ende ein Biosiegel zu finden ist oder nicht. Wenn Massenproduktion und Profitzwang vorherrschen, leidet beinahe immer die Qualität.

c -Klimaschutz

Land- und forstwirtschaftliche Flächen sind wichtig für den Klimaschutz. Je ökologischer und naturnäher die Bewirtschaftung, desto größer der Effekt. Landwirtschaftliche Betriebe können in der regenerativen Energieerzeugung eine noch wichtigere Rolle einnehmen mit mehr Solardächern, mehr Windkraft und Biogas aus Pflanzenresten und Gülle.

d –Erhalt der Kulturlandschaft

Die Landwirtschaft hat eine wichtige Rolle beim Erhalt der Kulturlandschaft. Im Landkreis, z.B. mit der Almbewirtschaftung, die dafür sorgt, dass neben Lebensmitteln auch für Touristen eine lohnenswerte Landschaft gibt. Die überwiegend kleinteilige Landwirtschaft und Ihre kleinen Flächen lassen mehr Raum für die Natur als die Riesenbetriebe in anderen Regionen. Dies hat auch die Diskussion zum Erhalt der Kulturlandschaft in anderen Landkreisen wie in Garmisch-Partenkirchen ergeben.

4 CO-2 Steuer –Ist es Ihrer Meinung nach gerecht, dass die Landwirtschaft als einziger Wirtschaftszweig, der CO-2 im Boden und Wald speichert, dafür nicht entlohnt wird? Welchen Vorschlag haben Sie hier für eine überfällige Steuergesetzesänderung?

Die Agrarwirtschaft ist eine wichtige wirtschaftliche und soziale Struktur und muss die Ernährungssouveränität sichern. DIE LINKE fordert daher den Ausbau des Ökolandbaus und die stärkere Unterstützung umweltfreundlicher Produktionsformen in der konventionellen Landwirtschaft. In der Förderung muss künftig stärker die Multifunktionalität der Landwirtschaft berücksichtigt werden. Das Gleiche gilt auch für ökologische Leistungen wie die Anlage von Feldgehölzen, Hecken, Kleingewässern und Brachen und die Extensivierung von Flächen, die von den Landwirt:innen umgesetzt werden. Die tiergerechte und umweltfreundliche Weidetierhaltung muss außerdem durch eine gekoppelte Stützung in der Ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mit einer sogenannten Weidetierprämie honoriert werden.

5 Ist die evtl. Einführung einer Vermögenssteuer bei den hohen Immobilienpreisen in der Region für Sie vertretbar?

Die LINKE fordert eine Vermögenssteuer mit einem progressiven Tarif und einem Freibetrag für Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (ohne Schulden). Wer etwa mit einer Eigentumswohnung in der Innenstadt »Papiermillionär« ist, wird nicht belastet. Dies ist insbesondere wegen der Entwicklung der Immobilienpreise wichtig, die zu massivem Vermögenszuwachs für Eigenheimbesitzer führten, was aber im Unterschied zu großen Immobilienhais nicht mit hohen Renditen einhergeht. Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei 5 Millionen Euro. Altersvorsorge soll von der Steuer ausgenommen werden. Der Eingangssteuersatz der Vermögenssteuer startet bei 1 Prozent und steigt bis zu einem Nettovermögen von 50 Millionen Euro stetig an. Ab 50 Millionen Euro greift der Höchststeuersatz von 5 Prozent. Das ist angemessen, weil große Vermögen besonders hohe Renditen abwerfen. Zudem ist bei sehr großen Vermögen auch eine Umverteilung zulasten von Vermögenssubstanz erforderlich. Die geschätzten Einnahmen liegen dann jährlich bei 58 Milliarden Euro. Wir wissen, dass dies bei den Landwirt:innen in der Region zu Schwierigkeiten führt und bin für Diskussionen offen, wie bei der großen und auf dem Papier wertvollen Fläche gehalten werden kann. Ich gewinne Sie aber sehr gern auch für das Prinzip der Vermögenssteuer, wie die Ausgestaltung dann im genauen auch sein kann. Denn insbesondere in den

letzten Jahrzehnten ist die Kluft zwischen arm und reich sehr auseinandergegangen, wir müssen die Gesellschaft auch in der Frage wieder zusammenführen.

6 Tierhaltung – Sind unsere Landwirte auf dem richtigen Weg? (Anbindehaltung, Bestandsobergrenzen)

Der Umgang mit Tieren hängt leider oft von Profitinteressen ab. Tiere sind unserem Handeln unterworfen, deshalb tragen wir die Verantwortung, ihr Leid zu vermindern und zu vermeiden. Die aktuelle Politik und die bestehenden Gesetze entsprechen weder den Wünschen der Bevölkerung noch den wissenschaftlichen Erkenntnissen von der Empfindungsfähigkeit von Tieren.

Die Weidetier- und Freilandhaltungen sind die am meisten tiergerechten und am Gemeinwohl orientierten Haltungsformen. Dennoch stehen sie aktuell oft unter erheblichem, teils existenziellem Druck. DIE LINKE. Im Bundestag hat in einem Antrag einen Runden Tisch vorgeschlagen, der in einem breiten zivilgesellschaftlichen Dialog zwischen Tierhaltenden, der Wissenschaft, der Tierärzteschaft, Naturschutzverbänden und anderen relevanten Akteur:innen Lösungen sucht, die eine Zukunft der Weide- und Freilandhaltungen sichern.

Wir brauchen höhere Standards ohne Schlupflöcher, mehr Transparenz in der Tierindustrie (zum Beispiel durch eine Veröffentlichungspflicht für Verwaltungsakte, durch die verpflichtende Installierung von überprüfbaren Kameras in Ställen, beim Transport etc.) sowie die Durchführung unabhängiger Kontrollen und entsprechendes Personal. Ein Stall wird im Schnitt nur alle siebzehn Jahre kontrolliert. Das ist auch für den Seuchen- und Umweltschutz problematisch.

7 Treten Sie für eine Änderung des Schutzstatus beim Wolf ein?

In welcher unserer Landkreisgemeinden hat aus Ihrer Sicht ein Wolfsrudel Platz?

Gebraucht wird ein verlässlicher und bundesweit einheitlicher Rechtsanspruch auf Erstattung aller Aufwendungen für den Herdenschutz, inklusive der Abgeltung der damit verbundenen Arbeitszeit. Der Wolf hat nach wie vor einen hohen EU-Schutzstatus, bis ein guter Erhaltungszustand erreicht wird. Das Ziel teilt DIE LINKE. Mit der Evaluierung des Erhaltungszustands in unserem Land ist die Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW) beauftragt. Das Naturschutzrecht lässt zurecht Ausnahmen vom grundsätzlichen Schutzstatus zu, z. B. bei Gefahr in Verzug oder wenn Vergrämen nicht ausreicht. Landesverordnungen setzen dieses Recht um. Wenn der gute Erhaltungszustand der Wolfspopulation erreicht ist, wird über eine Änderung des Schutzstatus' diskutiert werden. Eine Folgenabschätzung zur Entwicklung der Weidetierhaltung auch mit Blick der Rückkehr des Wolfes unterstützt eine bessere Situationsbeschreibung und Projektion. Als LINKE haben wir immer zu wenig Forschung zur Analyse der Rückkehr des Wolfes kritisiert. So gehen nicht nur wertvolle Erkenntnisse verloren, sondern auch die Chancen für eine konstruktive, lösungsorientierte Debatte werden reduziert.

8 Flächenverbrauch – Allgemein bei Ausweisung von Bauland, Straßenbau, Gewerbe - Speziell jetzt beim geplanten Zulauf zum BBT Welche Lösungsansätze sehen Sie?

Seit 1964 sind die Bodenpreise durchschnittlich um mehr als 1800 Prozent gestiegen. Allein in den vergangenen Jahren haben sich die Preise oft fast verdreifacht. Dagegen braucht es dringende Maßnahmen, um das sich immer schneller drehende Spekulationskarussell mit Grund und Boden anzuhalten. Wir wollen den Flächenverbrauch reduzieren und **bezahlbaren Wohnraum vorrangig im Bestand** schaffen. Bauordnungen müssen hierfür neu ausgerichtet werden, so dass Bauen im vorhandenen Bestand erleichtert wird. Statt neue Autobahnen und Straßen zu bauen, wollen wir den Ausbau des Fernverkehrs von Personen und Gütern auf der Schiene bundesweit. Auch der ÖPNV sowie der Rad- und Fußverkehrs in den Kommunen und Regionen muss finanziert und demokratisch gestaltet werden.